

FlüchtlingsRAT

NRWe.V.

Gefördert von:



SCHNELLINFO 4/2009, 15. Juni 2009

Die PDF-Version des Schnellinfos finden Sie auf unserer Homepage zum Download und bequemen Ausdrucken (Aktuelles > Schnellinfo > Schnellinfos 2009 > SCHNELLINFO 4/2009).

Inhaltsverzeichnis

IN EIGENER SACHE

- Herzliche Einladung zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW e. V. am 20. Juni 2009, 11 bis 16 Uhr im Asienhaus in Essen!
- Vorstellung des neuen Vorstands
- Dringende technische Unterstützung in der Geschäftsstelle gesucht
- Netzheft

FLÜCHTLINGE IN ARBEIT NRW

- Aktualisierter Flyer zu den Schulungsangeboten des Flüchtlingsrats NRW im Rahmen des Projektes „Flüchtlinge in Arbeit NRW“
- "Verhindert Deutschland Integration? – Das Beispiel der Bleiberechtsregelung
- Einladung zur ESF-Schulung: "Rechtliche Rahmenbedingungen der Bleiberechtsregelung"

BLEIBERECHT

- Aufruf der Kirchen: "Altfallregelung muss Bleiberecht dauerhaft sichern", "Kettenduldungen beenden – humanitäres Bleiberecht sichern"
- Bleiberecht droht zu scheitern
- Forderung der Grünen nach Verlängerung der Bleiberechtsregelung

DUBLIN II

- VG Würzburg v. 28.4.09: Dublin/Griechenland – Selbsteintritt, Eilrechtsschutz unterbricht Überstellungsfrist
- VG Sigmaringen v. 26.03.09: Keine Unterbrechung der Überstellungsfrist durch Eilrechtsschutz
- VG Würzburg v. 10.03.09: Dublin/Griechenland – Selbsteintritt, Eilrechtsschutz unterbricht Überstellungsfrist
- UNHCR besorgt über griechische Asyl-Pläne
- Dolk/Fahlbusch: Dublin-II-Workshop auf der 9. Fachtagung gegen Abschiebungshaft in Berlin

DEUTSCHLAND

- Humanitäre Hilfe ist kein Verbrechen: PRO ASYL ruft zur Solidarität mit Elias Bierdel und Stefan Schmidt auf. Bitte um Unterzeichnung eines Aufrufs
- Aktuelles EASY: Informationspapiere für FlüchtlingsberaterInnen: Sozialleistungen für Ausländer
- Gesetzentwurf der Grünen zur Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes
- Presseerklärung PRO ASYL: Das Asylbewerberleistungsgesetz verstößt gegen Europa- und Völkerrecht
- Bitte um Unterstützung der Kampagne "STIMMEN für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte"
- Neueste Entwicklungen im Fall Sri Lanka
- Zahlen zu den Abschiebungen 2008: Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken
- Rückübernahmeabkommen mit Kosovo – auch Roma und Serben sollen abgeschoben werden
- Massenabschiebungen nach Vietnam am 08. Juni 2009
- BUNDjugend bittet um Unterstützung ihrer Kampagne
- PRO ASYL: Grundrechte-Report 2009
- PRO ASYL: Untersuchung zur Qualität des Flughafenasyilverfahrens: eklatante Mängel
- Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zum Thema: Bilanz der gesetzlichen Altfallregelung
- Abschiebungshaft in der anwaltlichen Praxis

NORDRHEIN-WESTFALEN

- Katholikenrat Aachen-Stadt: Resolution – Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen!
- Kreistag Steinfurt: Resolution zum Bleiberecht für langjährig Geduldete

- Rüssel/Scherenberg: Über das Kirchenasyl zur Flüchtlingsanerkennung
- Wilkens: Gut für die Griechen, aber nicht für Flüchtlinge
- Nissen: Dublin-II-Verordnung und Abschiebehaft in Rendsburg

EUROPA

- Amnesty International bringt Asylbericht zu Türkei heraus
- Beschlussfassung durch das Europaparlament am 07.05.2009 zu sozialen Mindeststandards für Asylbewerber

- Italien schiebt Bootsflüchtlinge nach Libyen ab

AKTUELLE RECHTSPRECHUNG UND ERLASSE

- VG Düsseldorf: Zwei Urteile zur Anerkennung trotz Mitgliedschaft in terroristischer Vereinigung
- Passverlängerung Nigeria
- Materialien
- Termine

Wie Sie den Flüchtlingsrat NRW unterstützen können:

Mitglied werden – Spenden – Sachspenden über SocialBay – Spendeshop (Einkaufen für den Flüchtlingsrat NRW) – **Praktikum und ehrenamtliche Mitarbeit**

IN EIGENER SACHE

Herzliche Einladung zur Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats NRW e. V. am 20. Juni 2009, 11 bis 16 Uhr im Asienhaus in Essen!

Die Einladung richtet sich nicht allein an die Mitglieder des FR NRW, sondern ausdrücklich an alle Interessierten und in der Flüchtlingsarbeit Engagierten!

Tagesordnung

1. Begrüßung und Formalien

2. **Schwerpunktthema: Bleiberecht**

Auf der Mitgliederversammlung möchten wir Erfahrungen über die sich abzeichnende Problematik der Bleiberechtsregelung austauschen, gemeinsam zentrale Probleme formulieren und miteinander diskutieren, wie der Flüchtlingsrat NRW in der aktuellen Diskussion Position beziehen sollte.

3. **Integration in den Arbeitsmarkt als Voraussetzung des Bleiberechts**

Informationen über das ESF-Teilprojekt "Flüchtlinge in Arbeit" im Netzwerk Bunt in die Zukunft, Projektleiterin Klaudia Dolk, FR NRW

Überregionaler Ansatz in NRW – Erreichen der Flüchtlinge in abgelegenen Regionen, Koordinatorin der ESF-Teilprojekte des FR NRW und der Internationalen Gesellschaft BiKuP, Varinia Morales, FR NRW

4. Weiterführung des Schnellinfos?!

5. Verschiedenes

- Schlussfolgerungen aus dem **NRW-Erlass zum Kosovo/ Abschiebungen von Roma**

- Unterstützung und Rat zur Wartung der Computer/des Netzwerke der Geschäftsstelle

Die **Einladung** zum Download finden sie unter **Termine (20.6.09)**.

Vorstellung des neuen Vorstands

Heinz Drucks ist seit 2003 Leiter der Abteilung Zuwanderung bei der Diakonie Soest. Der Diplom-Sozialarbeiter unterrichtet darüber hinaus seit mehreren Jahren Asyl- und Ausländerrecht an der Evangelischen Fachhochschule Bochum, wo er auch Mitglied im Expertinnenpool für interkulturelle Fortbildungen ist. Im Themenfeld Asyl bewegt sich Heinz Drucks seit 1993 – zunächst in politischen Arbeitskreisen an der Uni und später bei der Flüchtlingsberatung in Dortmund und als Verfahrensberater in der Zentralen Ausländerbehörde Dortmund. Seinen Schwerpunkt sieht er vor allem im Bereich der Bleiberechtsregelung.

Die studierte Ethnologin **Barbara Eßer** arbeitet seit 2006 beim Psychosozialen Zentrum für Flüchtlinge in Düsseldorf, wo sie sich derzeit vor allem mit der Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen beschäftigt. Zudem ist Barbara Eßer in der allgemeinen Flüchtlingsberatung des Deutschen Roten Kreuzes tätig. Ihr ehrenamtliches Engagement reicht zurück bis ins Jahr 1997, als sie ihre Mitarbeit beim Bielefelder Flüchtlingsrat begann. Ihre Arbeitsschwerpunkte dort lagen in der Verfahrensberatung und der Unterstützung von Flüchtlingen aus dem Kaukasus. Mit ihrem Einsatz für den Flüchtlingsrat NRW möchte Barbara Eßer nun den politischen Aspekt ihrer Arbeit wieder intensivieren.

Andrea Genten ist Lehrerin und Integrationsbegleiterin an einer Hauptschule in Aachen. In der Flüchtlingsarbeit ist sie bereits seit 1989 aktiv – zunächst im Aachener Flüchtlingsrat und später als Vorstandsmitglied in dessen Trägerverein Refugio. Lange Zeit arbeitete Andrea Genten als Flüchtlingsbeauftragte im Bistum Aachen mit den Schwerpunkten Lobby-, Öffentlichkeitsarbeit und Kirchenasyl, bis sie 2004/2005 die Geschäftsführung des Flüchtlingsrates NRW übernahm. Anschließend wirkte sie bereits für ein Jahr im Vorstand des Flüchtlingsrates NRW mit und übernahm die Vertretung im Forum Flughäfen in NRW, die sie bis heute innehat.

Seit mehr als 30 Jahren engagiert sich **Volker Maria Hügel** schon in der Flüchtlingsarbeit. Er leitet seit 1996 das Qualifizierungsprojekt der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA) in Münster, für die er zuvor bereits als Rechtsreferent und Leiter der Beratungsstelle tätig war. Volker Maria Hügel ist Mitglied des Vorstands von PRO ASYL und der Härtefallkommission beim Innenministerium NRW. Nebenbei unterrichtete er Asyl und Ausländerrecht im Rahmen eines Lehrauftrags an der FH Münster. Für den Flüchtlingsrat NRW arbeitete Volker Maria Hügel 1992 als Geschäftsführer und über viele Jahre hinweg als Sprecher. Er setzt sich insbesondere ein für die rechtliche Gleichstellung von Inländern und Einwanderern.

Varinia Morales ist Geschäftsführende Gesellschafterin der Internationalen Gesellschaft für Bildung, Kultur und Partizipation (BiKuP) und koordiniert mehrere EU-Projekte im Bereich der Flüchtlings- und Migrationsarbeit. Bereits seit 2002 leitet sie inzwischen mehrfach ausgezeichnete Sprach- und Kulturmittlerprojekte, um Flüchtlinge und Asylbewerber in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Auch der bundesweite Prozess zur "Etablierung des Neuen Berufsbildes Sprach- und Integrationsmittler" geht auf ihre Initiative zurück. Sie vertrat mehrere Jahre Netzwerkpartnerschaften gegenüber der European Thematik Group for Asylum Seekers und ist im Bereich der Versorgung, interkulturellen Öffnung, Bildung und Beschäftigung aktiv. Dem Vorstand des Flüchtlingsrates NRW gehört sie seit 2007 an.

Ingo Pickel arbeitet seit einigen Jahren bei der Deutschen Welle in Bonn. In der dortigen Redaktion Deutschkurse entwickelt er journalistische Angebote für Deutschlernende. Darüber hinaus ist er in der Internetredaktion von Aktion Mensch tätig und unterstützt zuweilen das Bonner Bildungswerk für Friedensarbeit im Integrationskursbereich. Sein ehrenamtliches Engagement begann Anfang der Neunziger in einer Amnesty-International-Ortsgruppe und konzentriert sich mittlerweile auf die Arbeit mit behinderten Kindern und Jugendlichen. Eine begonnene literaturwissenschaftliche Dissertation darf angesichts der anstehenden Aufgaben im Flüchtlingsrat noch ein wenig auf ihre Fertigstellung warten.

Dringende technische Unterstützung in der Geschäftsstelle gesucht

In der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats NRW e.V. suchen wir dringend ehrenamtliche Unterstützung für die Pflege und Wartung unserer PC und weiterer technischer Geräte. Da Jürgen König, der die Computer jahrelang mitbetreute, nach Frankfurt gezogen ist, brauchen wir ehrenamtliche Expertenhilfe hier in Essen.

Unterstützer sind sehr willkommen, bitte meldet Euch über E-Mail unter info@frnrw.de oder über Telefon, montags ganztägig oder donnerstags 14-18Uhr unter der 0211/899080.

Netzheft

Bitte teilen Sie uns Änderungen Ihrer Adressen für das Netzheft mit.

Wir bemühen uns, das Netzheft immer aktuell zu halten.

FLÜCHTLINGE IN ARBEIT NRW

Aktualisierter Flyer zu den Schulungsangeboten des Flüchtlingsrats NRW im Rahmen des Projektes „Flüchtlinge in Arbeit NRW“

Angeboten werden drei Schulungsmodulare zu den Themen:

1. Arbeits- und ausländerrechtliche Rahmenbedingungen/Sozialrecht, aktuell mit dem Schwerpunkt der Bleiberechtsregelungen,
2. Einführung in die Angebote der Arbeitsagenturen,
3. Beispiele für gelungene praktische Umsetzung der Integration Geduldeter in den Arbeitsmarkt.

Im Rahmen des ESF-Projekts bietet der Flüchtlingsrat NRW diese Schulungen flächendeckend überall in NRW an, sofern entsprechende Schulungen nicht von lokalen ESF-Projekten angeboten werden. Bei Interesse wenden Sie sich bitte an die Projektleiterin, Frau Klaudia Dolk, in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats NRW, Tel. 0201/89908-14, Email: arbeit@frnrw.de.

Den Flyer mit den Schulungsangeboten und weiteren Informationen zum Download finden sie hier -> <http://www.frnrw.de/arbeit/62/index.html>

Weitere Informationen über das ESF-Projekt und aktuelle Schulungstermine finden Sie auf der Projekthomepage -> <http://www.frnrw.de/arbeit/1/index.html>

"Verhindert Deutschland Integration? – Das Beispiel der Bleiberechtsregelung"

Im Rahmen einer Ausstellung zum Thema Bleiberecht findet am 30.06.2009 um 19:30 Uhr die Veranstaltung "Verhindert Deutschland Integration? Das Beispiel der Bleiberechtsregelung" in Oberhausen statt. Als Referenten eingeladen sind Klaudia Dolk (Juristin Flüchtlingsrat NRW e.V.), Evelyn Meinhard (Flüchtlingsberatungsstelle des Kirchenkreises Oberhausen) und Zoran und Maja Ramanovic.

Einladung zur ESF-Schulung: "Rechtliche Rahmenbedingungen der Bleiberechtsregelung"

Referent: Claudius Voigt, Projekt Q, GGUA Münster
Termin: Mittwoch, den 26. August 2009
von 10 bis 16 Uhr
Ort: Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk Ruhr-Mitte,
Karl-Hölkeskamp Haus, Breddestr. 14, 44623 Herne

Die folgenden praxisrelevanten Schwerpunkte werden in der Schulung gesetzt:

- Eckpunkte der Bleiberechts- und Altfallregelung
- Erfordernis und Berechnung der Sicherung des Lebensunterhalts für den weiteren Aufenthalt, Ausnahmen hierzu, Kindergeld / Elterngeld / Kinderzuschlag
- Rechtlicher Zugang zum Arbeitsmarkt für Ausländer/innen, Arbeitserlaubnisse

Der Kreis der Teilnehmer/innen wird auf 20 Personen beschränkt. Anmeldefrist: 10. Juli 2009.

BLEIBERECHT

Aufruf der Kirchen: "Altfallregelung muss Bleiberecht dauerhaft sichern", "Kettenduldungen beenden – humanitäres Bleiberecht sichern" – Kirchen fordern Verlängerung der Frist

Am 11.05.2009 traten die Evangelische Kirche in Deutschland, die Deutsche Bischofskonferenz und ihre Wohlfahrtsverbände Diakonisches Werk und Deutscher Caritasverband mit gemeinsamen Forderungen zum Bleiberecht für Flüchtlinge an die Öffentlichkeit. Sie haben eine Aktion "Bleiberecht" gestartet und einen Aufruf verfasst, den Sie auf unserer Homepage unter **Bleiberecht > Stellungnahmen/Forderungen zum Bleiberecht** finden.

Außerdem gibt es die bundesweite Homepage www.aktion-bleiberecht.de.

Am 11.05.2009 haben die Evangelische Kirche Deutschland, die Deutsche Bischofskonferenz, Caritas und Diakonie einen Aufruf verfasst zur Verlängerung der Bleiberechtsregelung.

Hauptanknüpfungspunkt war die Regelung, dass diejenigen, die in Deutschland mit einer im Rahmen der gesetzlichen Altfallregelung für langjährig geduldete Menschen erteilten Aufenthaltserlaubnis "auf Probe" leben, bis zum Ende des Jahres ihren Lebensunterhalt selbstständig bestreiten müssen, damit ihre AE "auf Probe" verlängert werden kann. Es ist jetzt schon offensichtlich, dass viele Menschen diese Auflage nicht schaffen werden, da ihnen mit Status der Duldung eine Arbeitsaufnahme für lange Zeit verwehrt war und sie nun häufig nur eine Anstellung im Niedriglohnbereich erhalten oder aufgrund der Wirtschaftskrise arbeitslos bleiben. Im Aufruf der Kirchen wird gefordert, dass die AE über den 31. Dezember 2009 hinaus verlängert werden, damit die Betroffenen die Chance erhalten, eine Arbeit zu finden und damit die Voraussetzungen für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu erfüllen. Weiter wird eine Abschaffung der so genannten Kettenduldungen gefordert, humanitäre Gesichtspunkte sollten angemessen berücksichtigt, die Trennung von Familien vermieden werden.

Am 27.05.2009 forderten Caritas und Diakonie in einer gemeinsamen Pressemitteilung eine Nachbesserung des Bleiberechts. Weitere Stellungnahmen und Pressemitteilungen erhalten Sie auf unserer Homepage unter **Bleiberecht > Stellungnahmen/Forderungen zum Bleiberecht** oder über die Geschäftsstelle.

Bleiberecht droht zu scheitern

Heinz Drucks, Vorstand beim Flüchtlingsrat NRW, hat einen Tagebuch-Eintrag vom 02.05.09 in www.dieGesellschafter.de zum drohenden Scheitern der Bleiberechtsregelung verfasst.

Sie erhalten den Artikel und weitere Informationen und Stellungnahmen zum Bleiberecht auf unserer Homepage unter **Bleiberecht** oder über die Geschäftsstelle.

Forderung der Grünen in NRW nach Verlängerung der Bleiberechtsregelung

Am 29.04.09 führte die grüne Landtagsfraktion eine Veranstaltung zum Thema "Wer darf bleiben?" durch. Als Ergebnis der Veranstaltung fordern die Grünen jetzt die Kommunen und Kreise auf, das Thema in die Gremien zu bringen und somit Druck auf die Bundesregierung auszuüben, sodass, laut der innen- und rechtspolitischen Sprecherin der Grünen im Landtag NRW, Monika Düker, eine Verlängerung der Altfallregelung die notwendigen politischen Mehrheiten im Bundestag, aber auch in der Gesellschaft findet.

Auf unserer Homepage unter **Bleiberecht > Stellungnahmen/Forderungen zum Bleiberecht** finden Sie ein Anschreiben der Grünen zur Musterresolution Verlängerung § 104a, sowie die Musterresolution.

DUBLIN II

VG Würzburg v. 28.4.09: Dublin/Griechenland – Selbsteintritt, Eilrechtsschutz unterbricht Überstellungsfrist

Mit Urteil vom 28.04.09 (W 6 K 08.30170) hebt das VG Würzburg einen Dublin-Bescheid auf und verpflichtet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das Asylverfahren in der Bundesrepublik Deutschland fortzusetzen, obwohl zunächst Griechenland für die Durchführung des Asylverfahrens des iranischen Flüchtlings zuständig war.

Es besteht ein Anspruch auf Selbsteintritt aus dem Gemeinschaftsrecht, da auf der (europarechtlichen) Ebene die Ableitung subjektiver Rechte aus Rechtsvorschriften weniger strengen Anforderungen unterliege als nach dem nationalen deutschen Recht (so auch auf Dolk in der Beilage zum Asylmagazin 1-2/2008 – Das Dublin-Verfahren – S. 19). Einstweilige Anordnungen unterbrechen die Überstellungsfrist im Dublin-Verfahren.

Eine Zusammenfassung des Urteils und das Urteil erhalten Sie über unserer Homepage unter **Dublin II > Rechtsprechung zur Dublin II-VO > Dublin-Überstellungen nach Griechenland** oder über die Geschäftsstelle.

VG Sigmaringen v. 26.03.09: Keine Unterbrechung der Überstellungsfrist durch Eilrechtsschutz

Mit Urteil vom 26.03.2009 (A 2 K 1821/08) wird das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verpflichtet, einem Flüchtling aus dem Irak die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen (§ 60 Abs. 1 AufenthG), obwohl zunächst Griechenland für die Durchführung seines Asylverfahrens zuständig war. Die Überstellungsfrist ist nicht durch die Anordnung einstweiligen Rechtsschutzes unterbrochen worden.

Sie erhalten das Urteil auf unserer Homepage unter **Dublin II > Rechtsprechung zur Dublin II-VO > Effektiver Rechtsschutz in Dublin-Verfahren (Art. 19 Abs. 4 GG)** oder über die Geschäftsstelle.

VG Würzburg v. 10.03.09: Dublin/Griechenland – Selbsteintritt, Eilrechtsschutz unterbricht Überstellungsfrist

Ein Anspruch auf Selbsteintritt ergibt sich nach der Entscheidung des VG Würzburg vom 10.3.09 (W 4 K 08.30122) aus dem (europäischen) Gemeinschaftsrecht (mit Verweis auf Dolk in Beilage zum Asylmagazin 1-2/2008 – Das Dublin-Verfahren – S.16). Einstweilige Anordnungen unterbrechen die Überstellungsfrist im Dublin-Verfahren.

Sie finden die Entscheidung auf unserer Homepage unter **Dublin II > Rechtsprechung zur Dublin II-VO > Dublin-Überstellungen nach Griechenland** oder über die Geschäftsstelle.

UNHCR besorgt über griechische Asyl-Pläne

In der Pressemitteilung vom 15.05.09 äußert sich der UNHCR besorgt über die geplante Einschränkung des Rechtswegs in Griechenland zur Überprüfung von Asylanträgen.

Die Fairness des Verfahrens, aber auch die einheitliche und schlüssige Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention sowie anderer relevanter Instrumente des internationalen und des EU-Rechts würden durch die geplanten Änderungen des griechischen Rechts in Frage gestellt.

Sie erhalten die PM über unsere Homepage unter **Dublin II > Stellungnahmen und Dokumente zum Dublin II – Verfahren > Griechenland** oder über die Geschäftsstelle.

Dolk/Fahlbusch: Dublin-II-Workshop auf der 9. Fachtagung gegen Abschiebungshaft in Berlin

Die Vorträge vom 16.05.09 von Klaudia Dolk, Flüchtlingsrat NRW, und Rechtsanwalt Peter Fahlbusch, Hannover, erhalten Sie auf unserer Homepage unter **Dublin II > Stellungnahmen und Dokumente zum Dublin II – Verfahren** oder über die Geschäftsstelle.

Rüssel/Scherenberg: Über das Kirchenasyl zur Flüchtlingsanerkennung

In einem Artikel im Heft zum Tag des Flüchtlings 2009 (S. 19) von Konrad Rüssel und Timmo Scherenberg wird geschildert, dass ein Flüchtling aus dem Irak im Kirchenasyl Schutz vor einer Abschiebung nach Schweden suchte. Der Flüchtling fürchtete, dass man ihn aus Schweden dann in den Irak abschieben würde.

Den Artikel erhalten Sie auf unserer Homepage unter **Dublin II > Stellungnahmen und Dokumente zum Dublin II-Verfahren** oder über die Geschäftsstelle.

Wilkens: Gut für die Griechen, aber nicht für Flüchtlinge

Chrissi Wilkens berichtet in einem Artikel im Heft zum Tag des Flüchtlings 2009 (S. 36 f.) über die Situation von Flüchtlingen in Griechenland.

Den Artikel sowie das vollständige Heft zum Tag des Flüchtlings erhalten Sie auf unserer Homepage unter **Dublin II > Stellungnahmen und Dokumente zum Dublin II-Verfahren > Griechenland** oder über die Geschäftsstelle.

Nissen: Dublin-II-Verordnung und Abschiebungshaft in Rendsburg

Silke Nissen, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein und Diakonieverein Migration Rendsburg, berichtet in Der Schlepper Nr. 47, 5/2009 über die aktuelle Abschiebungshaftpraxis im Rahmen von Dublin-Verfahren. (KD)

Den Artikel erhalten Sie auf unserer Homepage unter **Dublin II > Stellungnahmen und Dokumente zum Dublin II-Verfahren** oder über die Geschäftsstelle.

EUROPA

Amnesty International bringt Asylbericht zu Türkei heraus

In einer Pressemitteilung vom 22.04.2009 weist der Pressesprecher von ai, Dr. Dawid D. Bartelt, auf einen neu veröffentlichten Bericht zum Thema Asyl in der Türkei hin. Der 53-seitige Bericht in englischer Sprache unter dem Titel "Stranded. Refugees in Turkey denied protection" informiert über die Situation von Asylsuchenden in der Türkei, das Asylsystem und die Rechte der Flüchtlinge.

Laut ai steigt die Anzahl der Flüchtlinge in der Türkei ständig, viele sterben aber schon bei dem Versuch, türkisches Gebiet zu erreichen. Die Türkei erkenne kaum Flüchtlinge als Asylbewerber an, viele kommen in Haft und werden auch in Staaten abgeschoben, in denen ihnen Menschenrechtsverletzungen drohen.

Amnesty International fordert die Türkei auf, ein faires und mit den internationalen Standards zu vereinbarendes Asylverfahrensgesetz zu verabschieden.

Sie erhalten den Bericht auf unserer Homepage unter **Flüchtlingspolitik > Herkunftsländer > Türkei** oder über die Geschäftsstelle.

Beschlussfassung durch das Europaparlament am 07.05.2009 zu sozialen Mindeststandards für Asylbewerber

In Artikeln vom 08.05.09 berichten die FAZ und die Süddeutsche von einem Beschluss des EU-Parlaments vom 07.05.09 zu Asylbewerberleistungen. Den EU-Mitgliedstaaten bleibt weiterhin freigestellt, zu entscheiden, ob Asylbewerber Geld- oder Sachleistungen bekommen. Die Betroffenen sollen auch in Zukunft keinen Anspruch auf materielle Leistungen, die der Sozialhilfe der einheimischen Bürger entsprechen, haben. Für Deutschland heißt das, dass ihnen keine Leistungen nach SGB II (Hartz IV) zustehen.

Das Parlament folgte aber dem Vorschlag der Kommission, den Asylbewerbern nach einem halben Jahr eine Arbeitserlaubnis zu erteilen, in Deutschland liegt die Frist zurzeit bei einem Jahr. Gegen diese Entscheidung bestehen aber noch Vorbehalte von Deutschland und weiteren Mitgliedstaaten, was nun zwischen Rat und Parlament verhandelt werden soll.

Die Artikel von der FAZ und der Süddeutschen Zeitung erhalten Sie auf unserer Homepage unter **Rechtsnormen/Rechtsprechung > Erlasse > Sozialleistungen** oder über die Geschäftsstelle.

Italien schiebt Bootsflüchtlinge nach Libyen ab

In einer Presseerklärung vom 11.05.09 berichtet PRO ASYL über die Zurückdrängung von vier Flüchtlingsschiffen in internationalen Gewässern durch die italienische Küstenwache am 07.05.09 und dem darauf folgenden Wochenende. Die insgesamt ca. 500 Menschen in den Booten, unter ihnen auch schwangere Frauen und Kinder, wurden nach Libyen zurückgedrängt. "Der rechtspopulistische Innenminister Roberto Maroni jubelt und spricht von einem 'historischen Tag' im Kampf gegen 'illegale Einwanderung' und von einem 'Modell für Europa'", so PRO ASYL. Sogar der EU-Kommissar Jacques Barrot werde in verschiedenen Meldungen zitiert mit der Äußerung, er sei zufrieden, wie diese Situation gelöst wurde.

Amnesty International Italia und weitere humanitäre Organisationen protestieren gegen die Rückschiebungen nach Libyen und fordern von der italienischen Regierung eine genaue Erklärung zum Vorgang vom Donnerstag, 07.05.09, als 227 Flüchtlinge vor Lampedusa nach Libyen zurückgeschoben wurden.

Die Pressemitteilung finden Sie auf der Homepage von **PRO ASYL**.

DEUTSCHLAND

Humanitäre Hilfe ist kein Verbrechen

PRO ASYL ruft zur Solidarität mit Elias Bierdel und Stefan Schmidt auf

Bitte um Unterzeichnung eines Aufrufs

In einer Pressemitteilung vom 18.05.09 ruft PRO ASYL zur internationalen Solidaritätskampagne für Elias Bierdel und Stefan Schmidt auf und bittet alle, den Aufruf "Humanitäre Hilfe ist kein Verbrechen" zu unterzeichnen.

Elias Bierdel und der Kapitän des Schiffes, Stefan Schmidt, hatten im Juni 2004 im Rahmen einer Fahrt mit der Cap Anamur 37 Bootsflüchtlinge im Mittelmeer vor dem Ertrinken gerettet. Erst nach Tagen durften sie ins sizilianische Porto Empedocle einlaufen, Bierdel und Schmidt wurden wegen Mithilfe zur illegalen Einwanderung festgenommen, die Flüchtlinge wurden innerhalb weniger Tage abgeschoben.

Die italienische Staatsanwaltschaft fordert bis zu 4 Jahre Haft und eine Geldstrafe in Höhe von 400.000 Euro.

PRO ASYL bittet um Unterstützung und fordert alle auf, die Online-Petition zu unterzeichnen.

Unter der Internetseite: <http://www.proasyl.de/de/home/aktion-humanitaere-hilfe-ist-kein-verbrechen/> finden Sie den Aufruf, den Sie unterzeichnen können.

Aktuelles EASY: Informationspapiere für FlüchtlingsberaterInnen: Sozialleistungen für Ausländer

Im neusten Informationspapier des AK Asyl e.V. Bielefeld werden für die FlüchtlingsberaterInnen die verschiedenen Leistungen und die Besonderheiten beim Leistungsbezug von Ausländern beschrieben. Im aktuellen Easy gibt es eine Tabelle über die Sozialleistungen, die eine "Schnellübersicht" ermöglicht.

Sie erhalten das Informationspapier auf unserer Homepage unter **Rechtsnormen/Rechtsprechung > Weitere Dokumente** oder über die Geschäftsstelle.

Gesetzentwurf der Grünen zur Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes

Der Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales führte am Montag, den 04.05.2009 eine öffentliche Anhörung zum Antrag der Grünen auf Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetz, BT 16/10837 durch.

Der Antrag auf Abschaffung des AsylbLG wird von AWO, Caritas, DPW, DRK, Diakonie und ZWST "mit Nachdruck" unterstützt.

Den Entwurf der Gesetzesänderung, eine Stellungnahme des Flüchtlingsrats Berlin, eine Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. und eine Zusammenstellung der fachlichen Stellungnahmen der Verbände zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen am 04.05.2009 erhalten Sie auf unserer Homepage unter **Flüchtlingspolitik > Soziale Situation > Staatliche Leistungen > Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz** oder über die Geschäftsstelle.

Presseerklärung PRO ASYL: Das Asylbewerberleistungsgesetz verstößt gegen Europa- und Völkerrecht

In einer Presseerklärung vom 04.05.2009 zitiert PRO ASYL eine Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege e.V., die in der Sachverständigenanhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales betonte, dass das Asylbewerberleistungsgesetz in seiner jetzigen Form nicht nur gegen das Grundgesetz verstieße, sondern auch gegen geltendes Europa- und Völkerrecht.

Leistungen nach diesem Gesetz bekämen nicht nur diejenigen, die sich nur kurz in Deutschland aufhielten, sondern auch Menschen, die schon jahrelang hier lebten. Kritik wird auch an den eingeschränkten medizinischen Versorgungsmöglichkeiten geübt, die nur bei Akuterkrankungen und Schmerzzuständen gewährt werde.

Das Asylbewerberleistungsgesetz solle der Abschreckung anderer Flüchtlinge dienen, so Georg Classen vom Flüchtlingsrat Berlin.

Die Presseerklärung finden Sie auf der Homepage von **PRO ASYL/Presse**.

Bitte um Unterstützung der Kampagne "STIMMEN für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte"

Die Kampagne "STIMMEN für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte", die im Vorfeld von Europa- und Bundestagswahl 2009 stattfindet, bittet alle Interessierten, sich an der Online-Unterschriftenaktion für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte zu beteiligen.

Es kann online unterschrieben werden unter <http://www.ipetitions.com/petition/STIMMEN09/>.

Weitere Informationen erhalten Sie unter <http://www.stimmen09.de>.

Das Kampagnenbündnis fordert dazu auf, die Koalitionsaussage für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte zu unterschreiben und die entsprechende Politik umzusetzen, damit das Sterben an den EU-Außengrenzen ein Ende habe. Flüchtlingen müsse die gefahrlose Einreise in die EU ermöglicht werden, und sie müssten in dem Land ihrer Wahl einen Antrag auf Asyl stellen können. Die Lebensbedingungen von Flüchtlingen und Papierlosen müssten auch und vor allem in der BRD dringend und umfassend verbessert werden.

Neueste Entwicklungen im Fall Sri Lanka

In Sri Lanka kommt es seit 25 Jahren zu Kampfhandlungen zwischen der Armee und den tamilischen Rebellen, den Tamil Tigers. Die Befreiungstiger von Tamil Eelam kämpfen seit 1983 mit Waffengewalt und Selbstmordattentaten für einen eigenen Staat für die unterdrückte tamilische Minderheit im Norden und Osten der Insel. Die tamilische Minderheit wird von den Rebellen als menschliches Schutzschild gegen die militärischen Operationen der Armee benutzt, ca. 80.000 Menschen, zumeist Zivilisten, sind in dieser Zeit ums Leben gekommen. 400.000 Tamilen wurden vertrieben und befinden sich auf der Flucht. Im Mai hatten sich die Rebellen auf einen Küstenstreifen zurückgezogen, der nur wenige Quadratkilometer groß ist. Hier halten sich auch tausende Flüchtlinge auf. Die srilankische Regierung lässt keine ausländischen Hilfsorganisationen ins Land, die Situation der Flüchtlinge ist katastrophal.

Die Militäroffensive im April veranlasste die hier im Exil lebenden Tamilen, öffentlich zu protestieren und seit dem 07.04.2009 vor dem Düsseldorfer Landtag eine Mahnwache abzuhalten, unterstützt von mehreren tausend Menschen.

Seit dem 14.04.2009 befinden sich die Veranstalter der Mahnwache in einem unbefristeten Hungerstreik.

Am 16.05.09 erklärte die srilankische Regierung die Rebellen für besiegt. Die Armee gab an, mehr als 36.000 Menschen aus der Gewalt der Rebellen befreit und die Rebellen und die LTTE-Führung eingekesselt zu haben. Trotzdem sei es laut tamilischer Nachrichten fraglich, ob hiermit der Bürgerkrieg beendet sei. Unabhängige Berichte aus der Krisenregion gibt es nicht, da keine ausländischen Medien und Beobachter in die umkämpfte Region reisen dürfen.

In einer spontanen Aktion haben am Samstag den 16.05.09 Tamilen die Gleise des Düsseldorfer Hauptbahnhofes für ca. 1 Stunde blockiert, um auf die humanitäre Katastrophe im Land aufmerksam zu machen. Auch die Autobahn zwischen Essen und Düsseldorf wurde ca. 30 Minuten lang blockiert.

Weitere Informationen bekommen Sie unter www.friedeninsrilanka.de.

In einer Stellungnahme der Fraktion Die Linke wird der Innenminister aufgefordert, den "humanitären Verpflichtungen unverzüglich nachzukommen und einen Abschiebestopp sowie großzügige Bleiberechtsregelungen für Flüchtlinge aus Sri Lanka zu erlassen". Im Januar hatte die Bundesregierung die Forderung nach einem Abschiebestopp abgelehnt.

Das Ministerium des Innern von Rheinland Pfalz hat am 22.Mai 2009 einen Abschiebestopp gemäß § 60a AufenthG für aus dem Norden und Osten Sri Lankas stammende Tamilen beschlossen, für Baden-Württemberg stehen Rückführungen von ausreisepflichtigen Tamilen unter Vorbehalt der Zustimmung des Innenministeriums und das BMI fordert eine Prüfung des Einzelfalls vor, da sich laut BMI die Intensität der Verfolgung in den einzelnen Landesteilen von Sri Lanka sehr stark unterscheidet.

Sie erhalten die Stellungnahme der Linken, das Schreiben des Ministeriums des Innern von Rheinland Pfalz und den Erlasse aus Bremen vom 27.05.09 auf unserer Homepage unter **Flüchtlingspolitik > Herkunftsländer > Sri Lanka** oder über die Geschäftsstelle.

Zahlen zu den Abschiebungen 2008: Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken

Die Bundesregierung antwortete am 06.04.2009 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke bezüglich der Abschiebungen im Jahre 2008.

Insgesamt 7.778 Abschiebungen fanden auf dem Luftweg statt, 3.125 davon "begleitet". Knapp die Hälfte der Abschiebungen (3.729) erfolgte über Frankfurt/Main, die Zielländer waren vorwiegend die Türkei mit 807 Abschiebungen, Vietnam (754), Serbien (499), Italien (376), Kosovo (274), Nigeria (258) und Albanien (200).

Außerdem gab es 1.894 Zurückschiebungen und 3.103 Zurückweisungen auf dem Luftweg.

An den Landgrenzen gab es 7.848 Zurückschiebungen bzw. -weisungen, an den Seegrenzen 134.

616 Abschiebungen wurden auf dem Landweg vollzogen.

Es gab 377 gescheiterte Abschiebungen, davon 220 wegen Widerstandes der Betroffenen, 53 aus medizinischen Gründen, 76 wegen Weigerung der Flugkapitäne, 28 wegen Weigerung des Zielstaates, die Betroffenen aufzunehmen.

Das Schreiben der Bundesregierung erhalten Sie auf unserer Homepage unter **Flüchtlingspolitik > Abschiebungen** oder über die Geschäftsstelle.

Rückübernahmeabkommen mit Kosovo – auch Roma und Serben sollen abgeschoben werden

Der Bundesinnenminister und mehrere Landesminister haben ein Rückübernahmeabkommen mit dem Kosovo beschlossen. Im Zuge dessen sollen auch Roma und Serben abgeschoben werden. Das Rückübernahmeabkommen konnte bis jetzt zwar noch nicht unterzeichnet werden, aber es wird in Niedersachsen, Hessen und nun auch in NRW bereits umgesetzt.

Hierzu Claudius Voigt von der GGUA Münster: "Nun hat auch das nordrhein-westfälische Innenministerium einen Erlass herausgegeben, in dem die Ausländerbehörden informiert werden, dass der Kosovo bereits vor Unterzeichnung des Rückübernahmeabkommens bereit sei, Personen mit 'vermuteter' kosovarischer Staatsangehörigkeit zurückzunehmen – und zwar unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit, also auch Roma und Serben."

Am 26.05.2009 hat Rechtsanwalt Axel Selbert eine Pressemitteilung zum ersten Abschiebungsfall eines Roma in den Kosovo herausgegeben unter dem Titel "Bouffier macht Hessen zigeunerfreier – erster Roma aus Hessen heute ins Kosovo abgeschoben!"

Den NRW-Erlass vom 13.05.2009 erhalten Sie auf unserer Homepage unter **Rechtsnormen/Rechtsprechung > Erlasse > Herkunftsländer > Kosovo** oder über die Geschäftsstelle.

In einer Resolution vom 16.05.2009 fordert die Rechtsberaterkonferenz Aufenthaltserlaubnisse für Roma aus dem Kosovo.

Viele Roma waren ab 1990 nach Deutschland geflüchtet und blieben zumeist im Duldungsstatus. Im Kosovo haben Roma – auch nach der Unabhängigkeit – laut Rechtsberaterkonferenz keine soziale Infrastruktur, die ein Überleben unter menschenwürdigen Bedingungen sicherstellen könnte.

Auch Bündnis 90 / Die Grünen im Niedersächsischen Landtag haben am 02.06.2009 eine Pressemitteilung verfasst mit der Forderung Innenminister Schönemann, sich bei der Innenministerkonferenz am 04./05.06.09 in Bremerhaven, gegen die Rückführung von Roma in den Kosovo und für eine humanitäre Umsetzung des Bleiberechts einzusetzen.

Sie erhalten die Resolution der Rechtsberaterkonferenz und die Pressemitteilung von RA Selbert und die der Grünen und auf unserer Homepage unter **Flüchtlingspolitik > Herkunftsländer > Kosovo** oder über die Geschäftsstelle.

Massenabschiebungen nach Vietnam am 08. Juni 2009

Am 08.06.09 hat die Bundespolizei ca. 100 Menschen von Berlin nach Hanoi in Vietnam abgeschoben.

Unter http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/print_neue_meldungen.php?sid=437 finden Sie dazu aufschlussreiche Meldungen aus der Presse.

Die Abschiebung wurde von der Bundespolizei organisiert und durchgeführt und von Frontex finanziert.

Es sollten voraussichtlich 100 Personen abgeschoben werden, ca. 80 Betroffene aus Deutschland und 20 aus Polen.

Auf unserer Homepage unter ... erhalten Sie eine Pressemitteilung des Jesuitischen Flüchtlingsdienstes.

BUNDjugend bittet um Unterstützung ihrer Kampagne

Die Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUNDjugend) fordert in ihrer Onlinekampagne Bundeskanzlerin Merkel dazu auf, Verantwortung bei den UN-Klimaverhandlungen in diesem Jahr zu übernehmen und sich für die Forderungen der BUNDjugend stark zu machen, zu denen u.a. die Aufnahme von Klimaflüchtlingen in den Schutzbereich der Genfer Flüchtlingskonvention gehört.

Den Onlineaufruf finden Sie auf der Internetseite www.bundjugend.de/protest.

PRO ASYL: Grundrechte-Report 2009

PRO ASYL hat am 18.05.2009 zusammen mit weiteren Bürger- und Menschenrechtsorganisationen den Grundrechte-Report 2009 herausgebracht.

Im diesjährigen "alternativen Verfassungsschutzbericht" werden zahlreiche Grundrechtsverletzungen gegenüber Flüchtlingen und Migranten dokumentiert. Weitere Themen sind u.a. die Inhaftierung von Minderjährigen im Flughafenverfahren, die Lagerunterbringung von Asylbewerbern und die Aushöhlung des Datenschutzes von Migranten und Flüchtlingen.

Den Grundrechte-Report finden Sie auf der Internetseite von **PRO ASYL**.

PRO ASYL: Untersuchung zur Qualität des Flughafenasylverfahrens: eklatante Mängel

PRO ASYL hat in dieser Untersuchung eine Reihe von Verstößen aufgedeckt.

Die Autorin, Dr. Ines Welge vom Flüchtlingsrat Wiesbaden, hat 32 Entscheidungen aus den Jahren 2006 bis 2008 analysiert, die im Flughafenasylverfahren getroffen worden sind. In den meisten Fällen ließe sich an den Protokollen der Anhörungen und den Bescheiden feststellen, dass Mindestanforderungen an eine faire Anhörung und eine vernünftige Aufklärung des Verfolgungsschicksals nicht eingehalten wurden.

Sie können die Untersuchung "Hastig, unfair, mangelhaft" (230 Seiten) bei PRO ASYL per Mail bestellen oder auf der Internetseite von **PRO ASYL** eine Zusammenfassung mit den zentralen Ergebnisse (11 Seiten) anfordern.

Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zum Thema Bilanz der gesetzlichen Altfallregelung

Die Bundesregierung legte am 25.05.2009 auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke vom 04.05.2009 zum Thema: "Bilanz der gesetzlichen Altfallregelung zum 31. März 2009 – drohendes Desaster zum 1. Januar 2010" (BT 16/12932) die aktuellen Zahlen zur Umsetzung der Altfallregelung vor.

Die Kleine Anfrage der Linken und die Antwort der Bundesregierung erhalten Sie auf unserer Homepage unter ... oder über die Geschäftsstelle.

Abschiebungshaft in der anwaltlichen Praxis

In dem Leitfaden "Abschiebungshaft in der anwaltlichen Praxis" zeigen Rechtsanwälte häufig wiederkehrende prozessuale Fehler im Rahmen des Abschiebungsverfahrens auf und geben "Praxis-Tipps" zur Anwendung des Gesagten im Verfahren.

Sie erhalten den Leitfaden über unserer Homepage unter ... oder über die Geschäftsstelle.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Katholikenrat Aachen-Stadt: Resolution – Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen!

Das Netzwerk Asyl in Aachen, moderiert vom Katholikenrat Aachen-Stadt hat in einem Anschreiben vom 18.03.09 den Oberbürgermeister darum gebeten, die Resolution der Stadt Münster zu unterstützen und den eigenen, daran angelehnten Resolutionstext durch den Rat der Stadt beschließen zu lassen und sich damit an den Deutschen Städtetag und den Innenminister NRW zu wenden.

Der Rat der Stadt Aachen beschließt am 09.04.09 einstimmig diese Resolution.

Den Resolutionstext und den Ratsbeschluss erhalten Sie auf unserer Homepage unter **Bleiberecht > Stellungnahmen / Forderungen zum Bleiberecht** oder über die Geschäftsstelle.

Kreistag Steinfurt: Resolution zum Bleiberecht für langjährig Geduldete

Der Kreistag Steinfurt appellierte am 20.04.09 an das IM NRW, eine klare Regelung zur Verlängerung der bis zum 31.12.2009 erteilten AE zu finden. Der Kreistag sehe eine besondere Notwendigkeit für eine sachgerechte und an die Bedürfnisse der Betroffenen angepasste Lösung bei Familien mit Kindern, Behinderten, Erwerbsunfähigen und Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben. Es wird gefordert, die aktuelle Wirtschaftslage zu berücksichtigen.

Die Resolution finden Sie auf unserer Homepage unter **Bleiberecht > Stellungnahmen / Forderungen zum Bleiberecht** oder über die Geschäftsstelle.

AKTUELLE RECHTSPRECHUNG UND ERLASSE

VG Düsseldorf: Zwei Urteile zur Anerkennung trotz Mitgliedschaft in terroristischer Vereinigung

In einem Urteil vom 18.12.2008 (Az: 5K6233/08.A) und in einem Urteil vom 09.12.2008 (2K6223/08.A) stellt das Verwaltungsgericht Düsseldorf für zwei iranischer Flüchtlinge die Anerkennung als Asylberechtigte gemäß Art 16a Abs.1 GG und die Voraussetzungen des §60 Abs.1 AufenthG hinsichtlich des Irans und des Iraks fest, da die Personen wegen früherer Zugehörigkeit zu terroristischen Vereinigungen asylrelevante Verfolgung befürchten müssten.

Die Urteile erhalten Sie auf unserer Homepage unter ... oder über die Geschäftsstelle.

Passverlängerung Nigeria

Das BMI teilt in einem Schreiben vom 16.07.2008 mit, dass manuelle Verlängerungen von Reisepässen der Bundesrepublik Nigeria nicht anerkannt werden sollen.

Die Bundesrepublik Nigeria verlängere die Gültigkeit nigerianischer Reisepässe um bis zu 5 Jahre mit einem einfachen Stempel, der leicht zu fälschen sei. Solche Reisepässe erfüllten nicht die Mindestanforderungen. Außerdem haben die Behörden in Nigeria seit 2007 mit der Ausstellung eines Reisepasses mit biometrischen Merkmalen begonnen.

Sie erhalten das Schreiben auf unserer Homepage unter... oder über die Geschäftsstelle.

NEUE MATERIALIEN

Jugendliche Flüchtlinge zwischen Integration und Ausgrenzung. Beispiele aus dem Kirchenkreis Jülich. Ab jetzt zu bestellen beim Diakonischen Werk des Kirchenkreises Jülich.

Sie unterstützen den Flüchtlingsrat NRW e.V., wenn Sie Bücher online bei Amazon über unseren Spendenshop <http://fnrnw.spendenshop.at> bestellen!

TERMINE

(Weitere Termine auf unserer Homepage www.fnrnw.de)

Samstag, 20.06.2009, 11:00–17:00 Uhr: Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrat NRW e.V. Ort: Asienhaus, Bullmannaue 11, Essen

Donnerstag, 18.06.2009, 19:30 Uhr: Jeruville – begehbarer Theaterabend in der Containerstadt auf dem Gustaf-Gründgens-Platz, Premiere. Weitere Theaterabende entnehmen Sie bitte der Homepage: www.jeruville.de. Veranstalter: Diakonie in Düsseldorf, Jugendmigrationsdienst.

30.06. / 01.07.2009, 19Uhr: „Der Streit“, inszeniert von jungen Flüchtlingen und Bleibeberechtigten. Ort: IN VIA e.V., im Alten Wartesaal, Rolandstr. 16, 50677 Köln. Weitere Informationen: www.INVIA-Koeln.de,

24.–30. August 2009: Aktionswoche gegen Abschiebung. Die Bürengruppe Paderborn fordert zur Eigeninitiative auf, den eigenen Ideen seien keine Grenzen gesetzt: Infoveranstaltungen, Filmvorführungen, Infostände, Kundgebungen, Sit-ins, Demonstrationen, Konzerte, kreative Aktionen, Blockaden

26.Juni 2009, 20 Uhr: Veranstaltung: "Festung Europa - Bootsflüchtlinge vor den Toren der EU", Referent Karl Kopp. Veranstalter: die beiden Telgter Weltläden, der Friedensratschlag Telgte und "Zusammen ist besser - Verein für Völkerverständigung". Ort: Bürgerhaus Telgte, Baßfeld.

Impressum:

Herausgeber: Flüchtlingsrat NRW e. V. Bullmannaue 11 D-45327 Essen Tel.: 0201/899 08-0; Fax: 0201/899 08-15

Email: info@fnrnw.de Homepage: www.fnrnw.de

Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Köln, BLZ 370 205 00, Konto Nr. 8 05 41 00
